

## Mädchenparlament

## Anliegen an die Politik eingebracht

**BREGENZ/VADUZ** Rund 60 junge Frauen aus Vorarlberg, Graubünden und Liechtenstein traten im 1. länderübergreifenden Mädchenparlament zusammen, das am Samstag in Bregenz im Rahmen des Interreg-Projekts «betrifft: Frauen entscheiden» tagte. Die von den Teilnehmerinnen erarbeiteten Anträge wurden an die anwesenden Politiker überreicht. Zur Teilnahme eingeladen wurden Mädchen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren. Im Vorfeld des Mädchenparlaments wurden in Bregenz, Bludenz, Davos und Vaduz in Workshops veranstaltet, in denen die jungen Frauen die Anträge erarbeiteten, die sie im Plenum behandelt wissen wollten. Im Landhaus in Bregenz begrüsst wurden Mädchenparlamentspräsidentin Adela Dulovic und die jungen «Abgeordneten» von Vorarlbergs Landtagspräsident Harald Sonderegger und Landesrätin Katharina Wiesflecker und den Regierungsräten Martin Jäger (Graubünden) und Mauro Pedrazzini (Liechtenstein) sowie Vertreterinnen der Gleichstellungsstellen der drei Regionen. Die Themenschwerpunkte im Mädchenparlament: Der Antrag aus Vorarlberg befasst sich mit der Integration von Flüchtlingen und hat den Titel «Erfolgreiches Miteinander». Ein weiterer Diskussionspunkt war der Gleichstellung von Frau und Mann in verschiedenen Bereichen gewidmet («Make it equal»). Die jungen Frauen aus Graubünden formulierten einen Antrag zum Thema Flüchtlinge mit dem Titel «Integration leicht(er) gemacht». Des Weiteren befassten sich die Mädchen mit dem Thema «Unrealistische Darstellungen von Körperbildern in den Medien». Liechtenstein brachte einen Antrag zum Thema «Freizeiträume» ein. Zudem erarbeiteten die Mädchen das Thema «Schönheitsideale». Die politischen Vertreterinnen und Vertreter - Landesrätin Wiesflecker für Vorarlberg, Regierungsrat Jäger für Graubünden und Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller für Liechtenstein - nahmen die Anträge der jungen Frauen entgegen, um sie der parlamentarischen Bearbeitung im Vorarlberger Landtag, Liechtensteiner Landtag bzw. im Grossen Rat von Graubünden zuzuleiten. (ikr/red)

## Auf Regierungsebene

## Gemeinsame Impulse in Sachen Gleichstellung

**BREGENZ/VADUZ** Im Rahmen des 1. länderübergreifenden Mädchenparlaments am Samstag im Landhaus in Bregenz trafen sich auch Regierungsmitglieder aus Vorarlberg, Graubünden und Liechtenstein zu einem gleichstellungspolitischen Erfahrungsaustausch. «Wir wollen die Anliegen und Anregungen der Mädchen und jungen Frauen aufgreifen und zugleich auf Regierungsebene gemeinsam zusätzliche Impulse in Sachen Gleichstellung setzen», sagte Landesrätin Katharina Wiesflecker zu dem Treffen mit Minister Mauro Pedrazzini (Liechtenstein) und Regierungsrat Martin Jäger (Graubünden). Seit fast zwei Jahrzehnten pflegen die Gleichstellungsstellen und Regierungen der drei Regionen eine intensive Zusammenarbeit, aus der einige mehrjährige Interreg-Projekte entstanden sind, z. B. «Gewalt hat (k)ein Zuhause», das Vernetzungsprojekt «Drei-Länder-Frauen» sowie «betrifft: Rollenbilder» und das aktuelle Projekt «betrifft: Frauen entscheiden». Das Mädchenparlament im Landhaus ist Teil dieses Projekts. «Wir haben hier erlebt, wie aktiv und engagiert sich junge Frauen bei politischen Themen einbringen, wenn ihnen die entsprechende Plattform geboten wird. Ich bin überzeugt, dass diese jungen Frauen sich weiterhin für politische Fragestellungen begeistern lassen», so das Resümee von Regierungsrat Jäger. (ikr/red)

# Wie oft man zum Arzt muss, damit sich höhere Franchisen nicht lohnen

**Ersparnis** Höhere Franchisen bedeuten zwar niedrigere Prämien, aber auch ein höheres Risiko im Krankheitsfall. Wie eine Kleine Anfrage aber ergab, muss man dazu aber recht oft zum Arzt.

VON DANIELA FRITZ

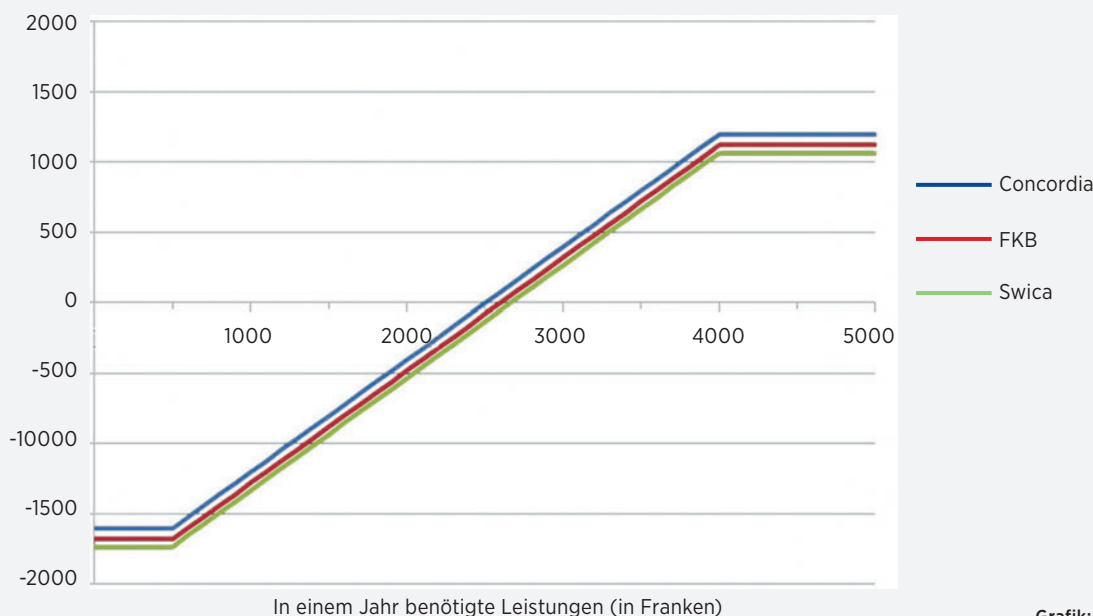
Je nach Versicherer, aber auch je nach gewählter Franchise lässt sich bei den Krankenkassenprämien beziehungsweise den jährlichen Kosten für die Versicherung - also die monatliche Prämie plus Franchise und Kostenbeteiligung - ordentlich sparen (das «Volksblatt» berichtete am 25. Oktober). Das entscheidende Stichwort lautet «Eigenverantwortung»: Wer davon ausgeht, innerhalb eines Jahres relativ selten ärztliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, spart mit einer höheren Franchise bei den monatlichen Prämien. Wie viel, das wollte der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler in einer Kleinen Anfrage nochmals genau wissen. Da die Kassen verschiedene Prämien anbieten, zog Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini bei der Beantwortung den gewichteten Durchschnitt heran. Erwachsene Versicherte mit Unfalldeckung ersparen sich bei einer Franchise von 1500 demnach 481 Franken. Bei der höchsten wählbaren Franchise von 4000 wären es sogar 1687 Franken.

## Ab wann nicht mehr gespart wird

Doch selbst junge und gesunde Menschen sind vor Krankheit nicht gefeit, wie auch Hasler weiss. Er erkundigte sich deshalb auch nach den Mehrkosten, sollten in einem Jahr doch einmal mehr gesundheitliche Leistungen benötigt werden. In einem solchen Fall würden Erwachsene bei einer Franchise von 1500

## Einsparungen/Mehrkosten bei höchster Franchise

Einsparungen beziehungsweise Mehrkosten bei Wahl der höchsten Wahlfranchise von 4000 Franken gegenüber der Minimalfranchise (500 Franken)



Franken maximal 319 Franken mehr (Rentner: 419 Franken) bezahlen, bei einer Franchise von 4000 Franken wären es maximal 1113 Franken (1463 Franken). Diese Kosten setzen sich gemäss Mauro Pedrazzini aus den Prämien und der Kostenbeteiligung zusammen. Der Gesundheitsminister verdeutlichte in seiner Beantwortung zudem, wie hoch die Arztrechnungen pro Jahr ausfallen müssten, damit selbst mit höherer Franchise keine Ersparnis mehr anfällt (siehe Grafik). Demnach müsste ein Erwachsener mit einer Franchise von 1500 Franken ärztliche Leistungen in Höhe von 1102 Franken im Jahr (Rentner: 1035 Franken) beziehen, damit aus den niedrigeren Prämien keine Ersparnis mehr erzielt wird. Bei einer Franchise von 4000 Fran-

ken spart der Versicherte bis zu einem Betrag von 2608 Franken (2374 Franken). Sind die Arztrechnungen höher, zahlt der Versicherte zumindest in diesem Jahr drauf.

## Höhere Prämien ab 2017?

Auch den FL-Abgeordneten Wolfgang Marxer beschäftigten die Krankenkassenprämien. In einer Kleinen Anfrage wunderte er sich darüber, dass die Prämien mit ein und derselben Franchise nach dem Inkrafttreten der KVG-Revision Anfang 2017 nicht gesunken, sondern gar um rund drei Prozent gestiegen sei. Tatsächlich ist dies möglich, wie Pedrazzini erklärte: «Durch die KVG-Revision wurde die Minimalfranchise erhöht. Versicherte mit Minimalfranchise werden also nächstes

Jahr eine höhere Kostenbeteiligung leisten und daher mit einer geringeren Prämie belohnt.» Wer allerdings eine Franchise in Höhe von 1500 Franken habe, profitiere nicht von diesem Effekt, da die Versicherer diese Franchise schon heute anbieten würden.

Dass sie sogar leicht höher ausfallen kann, ergibt sich gemäss der Kleinen Anfrage aus dem Prämienrabatt. Dieser wurde mit der KVG-Revision aus Solidaritätsgründen von bisher 100 auf maximal 70 Prozent des zusätzlich übernommenen Risikos beschränkt. Ausserdem wurde die Kostenbeteiligung von maximal 800 auf maximal 1400 Franken erhöht, was das zusätzlich übernommene Risiko bei einer Franchise von 1500 Franken zusätzlich vermindere.



Der Durchschnittspreis von Generika im EWR-Raum liegt bei etwa 41 Prozent des Schweizer Preises. (Foto: Shutterstock)

## Europäische Versandapotheken

## Sparen bei Medikamenten

**VADUZ** Nicht nur bei den Krankenkassenprämien, auch bei Medikamenten lässt sich sparen - durch Versandapotheken im EWR-Raum, wie eine Kleine Anfrage des FBP-Abgeordneten Elfried Hasler ergab. Während der Preisunterschied bei patentgeschützten Medikamenten nicht besonders gross ist, sind Generika in Liechtenstein und der

Schweiz mehr als halb so günstig. Zu beachten ist allerdings, dass Importrestriktionen gibt. Die Mengen seien in der Regel auf einen Monatsbedarf beschränkt. Die Krankenkassen übernehmen die Kosten allerdings nur, wenn diese einen Vertrag mit dem Krankenkassenverband haben beziehungsweise der Patient eine erweiterte OKP-Versicherung hat. (df)

## Sind «Landwirtschaftsfirmen» bei staatlichen Zahlungen im Vorteil?

**Nachgefragt** In einer Kleinen Anfrage nimmt die FBP-Landtagsabgeordnete Christine Wohlwend die Betriebsanerkennung in der Landwirtschaft unter die Lupe - so weit eben möglich.

VON HANNES MATT

Es gab Zeiten, da war so gut wie jeder Liechtensteiner auf bäuerliche Arbeit angewiesen. Heute sind nur noch sehr wenige übrig, die sich um Frucht und Vieh und somit um die Kulturlandschaft des Fürstentums kümmern. Damit das Bauerntum nicht ganz ausstirbt, greift der Staat Landwirten gerne finanziell unter die Arme. Damit das Geld fließen kann, ist jedoch die Anerkennung gemäss Landwirtschaftsgesetz nötig.

## 105 Betriebe erhalten Zahlungen

«Dieses Verfahren ist sehr aufwendig», findet die FBP-Landtagsabgeordnete Christine Wohlwend. «Von den Gesuchstellern wird ein detaillierter Nachweis über viele Punkte sowie diverse Bestätigungen von Dritten eingefordert.» Doch wie vie-

le sind es nun genau und wurden auch welche aberkannt? Die Antwort lieferte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zweifelhofer: Insgesamt erhielten per Oktober 2016 105 Landwirtschaftsbetriebe solche Zahlungen. Ab 2013 hätten 14 Betriebe ihre Beitragsberechtigung verloren - in sieben Fällen infolge des Erreichens des Pensionsalters, in drei Fällen wegen Nichterfüllung der Ausbildungsanforderungen und in einem wegen eines Todesfalls. Weiter wurden zwei Betriebe aufgegeben sowie ein weiterer aus anderen Gründen aberkannt. Gleichzeitig hätten 21 Betriebe die Leitung gewechselt, ohne die Zahlungsberechtigung zu verlieren.

**«Praxis wird teilweise übertrieben»**  
«Bei einer Betriebsübergabe von Vater an den Sohn beziehungsweise

bei betrieblichen Veränderungen scheint die Vollzugspraxis teilweise etwas übertrieben», so Christine Wohlwend. «Grundsätzlich ist zu begrüssen, wenn die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften genau überprüft wird. Es macht jedoch den Anschein, dass die Anerkennung bei natürlichen und juristischen Personen unterschiedlich gehandhabt wird.»

## Auch Hilcona Agrar AG erhält Geld

Zu Letztgenannten zählen immerhin sechs der insgesamt 105 anerkannten Landwirtschaftsbetriebe. Ob auch die Hilcona Agrar AG, die sich im Eigentum der Hilcona AG befindet, darunterfalle, wollte Christine Wohlwend weiter wissen. Thomas Zweifelhofer bejahte: «Die Hilcona Agrar AG erfüllt ämtliche Anforderungen zur Anerkennung laut Land-



Christine Wohlwend erkundigte sich nach der Betriebsanerkennung in der Landwirtschaft. (Foto: Michael Zanghellini)

wirtschaftsgesetz und hat somit Anspruch auf alle vorgesehenen Förderungen - inklusive einkommensverbessernde Direktzahlungen.» Auf die Frage, wann der Betrieb letztmals auf die Einhaltung der Anerkennungsbedingungen überprüft worden sei, liess Zweifelhofer aber unbeantwortet - aus Datenschutzgründen.